

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 12.07.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:39 Uhr

Ende: 18:26 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

ab 17:30 Uhr.

CDU

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat David Sopp

ab 17:07 Uhr.

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Verwaltung

Frau Inga Adam

Herr René Bantel

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Alexander Groll

Herr Gerd Hägele

Herr Dr. Niklas Konzen

Herr Helmut Ott

Gast

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Abwesend:

CDU

Herr Stadtrat Paul Schneider

T a g e s o r d n u n g

=====

- 1** Sportförderung 2023 - Jugendförderung und Investitionsförderung/Zuschuss für Einzelmaßnahmen 2023
- 2** Investitionskostenzuschuss zur Innensanierungsmaßnahme und Umbau der sanitären Anlagen im katholischen Kindergarten "St. Katharina" in Schwäbisch Gmünd-Hussenhofen
- 3** Leerstandsmanagement - Stand und Ausblick
- 4** Bekanntgaben
- 4.1** Verkehrssituation Unterer Marktplatz
- 5** Anfragen
- 5.1** Remsparkbühne - Bewirtung
- 5.2** Lhyfe

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Sportförderung 2023 - Jugendförderung und Investitionsförderung/Zuschuss für Einzelmaßnahmen 2023
Vorlage: 099/2023

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron führt in den Sachverhalt ein.

Herr Wiedemann/Stadtverband Sport erläutert die Arbeit der Vereine und die Verteilung der Förderungen. Er bedankt sich für die hervorragende Zusammenarbeit mit der Stadt. Man könne sich glücklich schätzen, so eine Zusammenarbeit zu haben. Darüber hinaus habe man einen sehr guten Stadtverband. Daher sei es wichtig, dass die Zuschüsse gehalten und auf lange Sicht ausgebaut werden würden.

Stadtrat Geiger/CDU äußert, dass die Sportförderung ein wichtiges Instrument für die Vereine sei. Er sei dankbar, dass man das Niveau halten könne. Man stimme dem Antrag zu.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Vorstellung. Wenn man die Mitgliederzahlen betrachte, sei dies beeindruckend. Beeindruckend sei auch, dass es auch in schwierigen Zeiten sowohl in den Vereinen als auch in Zusammenarbeit mit der Stadt geklappt habe. Von den Vereinen lese man nicht ausschließlich Positives in der Zeitung. Man befürchte, dass grundsätzlich ein negativer Touch an den Vereinen hängen bleibe. Es sei ernüchternd, dass noch nicht so viele Vereine Zeit gefunden hätten, ein Schutzkonzept aufzustellen. Dies solle man angehen. Das Bewusstsein solle stärker gebildet werden. Man würde sich wünschen, dass dies gefördert werden würde.

Herr Wiedemann antwortet, dass es bisher nicht viele Vereine erledigt hätten, es sei aber künftig Voraussetzung für den Erhalt der Förderung. Sollte es bis Ende des Jahres 2024 nicht vorliegen, gebe es ab 2025 keine Zuschüsse mehr. Es sei vom Aufwand her machbar.

Stadtrat Dr. Beck/SPD führt aus, dass man zustimmen werde und das Konzept gut finde. Bezüglich des Schutzkonzeptes zu sexualisierter Gewalt und Missbrauch sei es einerseits richtig zu sagen, dass die Vereine einen finanziellen Schaden hätten, wenn sie es nicht machen. Gleichzeitig sei es bedauerlich, dass die Vereine es für sich selbst nicht für sinnvoll erachten.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. könne sich dem Appell von Stadtrat Beck anschließen. Die Fraktion unterstütze den Antrag. Es sei toll zu hören, dass sich die Vereine nach der Corona-Pandemie die Vereine engagieren. Es gehe um Disziplin, Fairplay und Res-

pekt. Man bedanke sich beim Stadtverband Sport für die tolle Arbeit.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen erkundigt sich, ob die Vereine unterstützt werden würden und wie es abgeprüft werde.

Herr Wiedemann antwortet, dass es Handreichungen gebe. Man könne sich genügend Material beschaffen. Es müsse individuell vom Verein umgesetzt werden. Die Trainer müssten entsprechend darauf vorbereitend werden, man brauche entsprechende Zeugnisse und Unterlagen, dass diese sich entsprechend verhalten hätten. Außerdem müssten sie es leben und unterschreiben, dass sie mitmachen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass ein Schutzkonzept sehr wichtig sei. Es sei auch wichtig, dass es Kooperationen zwischen Kindergärten, Schulen und Sportvereinen gebe. Der Tennisverein sowie der Reit- und Fahrverein würden auch eine Förderung erhalten, dies seien jedoch die Vereine, in denen betuchte Mitglieder seien.

Herr Wiedemann antwortet, dass die Anlagen sehr teuer und die Mitgliedsbeiträge vergleichsweise sehr hoch seien. Die Anlagen müssten sukzessive nachgebessert werden.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass es nicht mehr so sei, dass Reiten nur den elitären Gruppen vorbehalten sei. Es gebe zum Beispiel diverse Ferienkurse. Die Kinder hätten Gefallen an den Pferden und die Jugendarbeit sei daher sehr wichtig.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, ob die Tennisabteilung des TSB Zukunft hätte.

Herr Wiedemann antwortet, dass dies Vereinsinterna seien, momentan gebe es die Abteilung noch.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1.) Zur Förderung der Jugendarbeit in den Schwäbisch Gmünder Sportvereinen:
Die Jugendarbeit in den Schwäbisch Gmünder Sportvereinen wird auch im Jahr 2023 von der Stadt gefördert. Die Jugendförderung in Höhe von 78.000,00 € wird entsprechend dem Antrag des Stadtverbandes Sport verteilt.

2.) Zuschüsse für nichtinvestive Einzelmaßnahmen:
Die Stadt Schwäbisch Gmünd bezuschusst die nachfolgenden nichtinvestiven Einzelmaßnahmen der Gmünder Sportvereine mit 27.040,38 €.

3.) Investitionsförderung des Sports:
Die Stadt Schwäbisch Gmünd bezuschusst die nachfolgenden Investitionsvorhaben der Gmünder Sportvereine mit 49.769,74 €.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, 40
nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Investitionskostenzuspruch zur Innensanierungsmaßnahme und Umbau der
sanitären Anlagen im katholischen Kindergarten "St. Katharina" in Schwä-
bisch Gmünd-Hussenhofen
Vorlage: 126/2023**

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt in den Sachverhalt ein und begrüßt Ortsvorsteher Heissenberger.

Erster Bürgermeister Baron erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Christian Krieg/CDU führt aus, dass es Hand in Hand mit der Kirche gelaufen sei. Man habe lieber geplante Investitionen, aber es seien wesentliche Punkte. Es seien massive Punkte, die man angehen müsse. Das Gebäude sei 1972 erbaut worden, 2016 habe man das Gebäude saniert. Es sei immer wieder zu hören, dass man 2016 billig oder falsch gebaut hätte. Die nun anstehende Sanierung beziehe sich jedoch auf Bauteile aus 1972.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass 2016 kein asbesthaltiges Material eingebaut worden sei. Wenn man heute von Interimsquartieren spreche, hätten diese etwas Negatives. Die Containerlösungen seien jedoch inzwischen so gut, dass man von innen keinen Unterschied merke, es sei eine ordentliche Unterbringung.

Ortsvorsteher Heissenberger äußert, dass die Sanierungen, die gemacht worden seien, hauptsächlich die Erweiterungen gewesen seien. Innen sei das Gebäude im Originalzustand, daher seien auch belastete Materialien verbaut. 2016 habe man nur das zwingend Notwendige gemacht. In Hussenhofen habe man nun die Container, es sei natürlich schlechter als ein normaler Kindergarten, aber man mache das Beste aus der Situation. Er spricht einen Dank an das Team und die Eltern aus, die das so mittragen würden. Aus seiner Sicht würde es sich anbieten, die Container im Anschluss für die Sanierung des Kindergartens Zimmern zu nutzen. Es seien große finanzielle Posten, dies lasse sich nicht vermeiden. Man solle daraus lernen und wenn man saniere, dann ganz und vollständig.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es nicht immer am Bösen Willen liege, sondern es auch andere Faktoren gebe.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen schließt sich den Vorrednern an. Die Sanierung sei notwendig, die Stadt sei in der Verpflichtung, es zu übernehmen. Die Stadt finanziere nun vor, man stimme dem Antrag zu.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass die Kinderbetreuung sehr wichtig sei, um die Entwicklung der Kinder zu begleiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten. Wenn es Probleme gebe, müsse man möglichst schnell und umfassend sanieren. Man solle für alle möglichst die gleiche Förderung ansetzen. Man werde zustimmen und hoffe, dass man zügig vorankomme.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. bringt zum Ausdruck, dass der Schock zu Beginn sehr tief gewesen habe. Umso besser sei es nun, dass man glimpflich davonkomme. Viele im Ortsteil würden sich fragen, ob man dies nicht damals bereits untersuchen und berücksichtigen hätte können. Man sei sensibel, aber man habe es an der Stelle übersehen. Umso wichtiger sei es daher nun, dass man es angehe.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass in den 1970er Jahren viel Eternitplatten verbaut worden seien, dies sei Mode gewesen. Daher könne man niemandem einen Vorwurf machen. Es sei nicht möglich gewesen, dass man eine Gesamtsanierung mache. Sie erkundigt sich, wie viel die Container für ein Jahr kosten würden und ob es vielleicht auch ein Problem sei, das in Zukunft öfters auftauchen könne.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Containerlösung über die VGW abwickle und es gut gelöst sei.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die Firmen die Container nur zur Vermietung und nicht zum Kauf anbieten würden, da man über die Vermietung viel mehr Geld verdiene. Die Miete sei fünfstellig pro Jahr. Zudem brauche man auch eine Elektro-, Wasser- und Abwasserinstallation. Dies sei extrem aufwendig.

Stadtrat Christian Krieg/CDU verweist bezüglich der Kosten auf die Vorlage.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 150, 40
nachrichtlich an Amt:

zu 3 **Leerstandsmanagement - Stand und Ausblick** **Vorlage: 129/2023**

Protokoll:

Frau Adam stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Baumhauer/CDU bedankt sich für den Bericht. Es sei eine tolle Geschichte, insbesondere, um etwas auszuprobieren. Wichtig sei, dass nicht nur kurzfristig Mitnahmeeffekte generiert werden würden, sondern langfristig eine Anschubfinanzierung erfolge. Dies gehe nur dann, wenn der Nutzer in den Ort hineinpasste. Dies müsse sichergestellt sein. Es müsse auch für die Stadt gerade an den Ort passen, weil andere davon angezogen werden würden. Man habe Ziele, um die Stadt zu entwi-

ckeln. Es gehe letztlich darum, dauerhaft jemanden zu gewinnen. Er erkundigt sich wie dies geschehe und wie sich die Stadt hier einbringe. Zudem erkundigt er sich, wie sichergestellt sei, dass der Mieter die 30 Prozent bezahle oder ob die Stadt hier hafte und damit ins Risiko gehe.

Frau Adam antwortet, dass man sich den Businessplan genau anschau mit dem Ziel, das Ausfallrisiko möglichst zu minimieren.

Herr Groll ergänzt, dass die Unternehmen Geld investieren würden und oft auch gleich einen Nachmietvertrag schließen würden. Man müsse schauen, dass man es langfristig mache. Er sei dankbar, dass man ein junges Team habe, das neue Ideen habe.

Herr Herrmann äußert, dass man es von der T&M im digitalen Bereich begleite. In der Bocksgasse sei eine tolle Atmosphäre. Man werde künftig in den Innenstädten mit konventionellen Überlegungen nicht weiterkommen.

Oberbürgermeister Arnold bestätigt, dass es ein tolles Angebot in der Bocksgasse sei. Vieles hänge auch von der Flexibilität des Gebäudeeigentümers ab.

Stadtrat Dr. Beck/SPD erkundigt sich, ob man auch ablehne.

Frau Adam bejaht dies. Wenn es nicht ausgereift sei, frage man nochmals nach, es gebe außerdem Branchen mit einer Marktübersättigung.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man in Schwäbisch Gmünd alles probieren müsse, um das Leben in der Stadt zu halten, dies sei allen klar. Man müsse nicht dafür sorgen, dass man beispielsweise mehr Barber-Shops habe. Abwechslung sei das Zauberwort. Es sei daher außerordentlich lobenswert, glücklicherweise bekomme man die Förderung. Dass ein Anschlussmietvertrag vereinbart werde, sei super. Er erkundigt sich nach der Miethöhe und ob hier die ortsübliche Vergleichsmiete angesetzt werde.

Herr Groll antwortet, dass die letzte Miete maßgeblich sei, dies müsse der Vermieter belegen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wie man die Erfolgsaussichten des eigenen Immobilienportals im Hinblick auf die Konkurrenz wie Immoscout etc. einschätze und ob man zweigleisig fahre.

Frau Adam antwortet, dass man bemüht sei, Multiplikatoren zu finden, um das eigene Portal bekannter zu machen. Man habe derzeit eine Parallelstruktur.

Stadtrat Dr. Beck/SPD erkundigt sich, wie viele Objekte bereits vermietet worden seien. Außerdem möchte er wissen, ob die Tendenz sei, dass es mit dem Leerstand schwieriger oder entspannter werde.

Frau Adam antwortet, dass man drei Objekte vermietet habe.

Herr Groll ergänzt, dass der Leerstand trotz der Vermittlung gleichbleibe. Man habe

auch Leerstände, die demnächst leer werden.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. findet es gut, dass man es angehe. Er erkundigt sich, ob das Angebot an Einzelhandel weiterhin so in der Breite in der Altstadt aufrechterhalten werden könne oder man über Umwidmungen nachdenken müsse. Könne man Anreize setzen, sodass man vermehrt in Richtung Wohnen gehe? Er erkundigt sich, inwiefern man hier konzeptionelle Überlegungen habe und tätig sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man mittendrin sei. Die Rinderbacher Gasse sei eine Gasse, in der es schon Wohnraum gegeben habe. Es wären bereits einige Eigentümer auf die Stadt zugekommen. Die angestrebte Umnutzung dieser sehe aber so aus, dass eine Garage entstehen solle. Dies müsse dann aber so gestaltet werden, dass es in die Umgebung passe. Gastronomie passe nicht überall, man müsse daher immer den Einzelfall und das Quartier betrachten. In den Schmiedgassen müsse man zum Beispiel schauen, ob man dort, wo es bereits Gastronomie gegeben habe, diese wiederbeleben könne.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass das Bundesprogramm sehr umfangreich sei. Man habe 2,4 Mio. Euro zur Verfügung. Sie wünsche sich auch einen Bericht zu den anderen Maßnahmen. Außerdem erkundigt sie sich, wie viel Mittel für 2023 eingestellt seien und wie viel für 2024 übrigbleibe. Außerdem möchte sie wissen, wie die prozentuale Verteilung der Gelder zwischen Gastronomie und Einzelhandel sei.

Frau Adam betont, dass die 2,4 Mio. Euro für alle vier Bestandteile und nicht nur für das Leerstandsmanagement seien.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man mitten in den Projekten sei. Das Leerstandsmanagement habe man am schnellsten präsentieren können, die grüne Urbanität und die künstliche Intelligenz würden noch folgen. Man versuche, sich dem Trend entgegenzustemmen. Der globale Leerstand sei da und diesen könne man nicht aufhalten. Man gehe es an und habe einen Gegentrend gestartet, es müsse aber weiterwachsen.

Herr Herrmann äußert, dass man die Digitalisierung im Herbst vorstelle. Bei allen Projekten sei man im engen Schulterschluss mit dem HGV und Pro Gmünd. Alle Aktionen seien eng abgestimmt, man sei nahe an den Menschen. So habe man für den Unverpackt-Laden eine Lösung entwickelt und man sei auch in Beratungen mit anderen Einzelhändlern. Es sei sehr konkret und am Einzelnen orientiert. KI werde der große Gamechanger, man werde sich in den nächsten ein bis zwei Jahren komplett neu aufstellen in vielen Bereichen. Er sei sehr optimistisch. Es gebe draußen viel mehr Aufbruchsstimmung als Angst. Die Leute hätten neue Ideen, es seien viele junge Menschen, aber auch etablierte, die sich neu erfinden würden. Man sei in Umbrüchen, es heiße aber nicht, dass alles den Bach heruntergehe. Man müsse nur mutig sein. Gleiches gelte auch für die grüne Urbanität.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich, inwieweit die Besitzer motiviert werden würden, Wohnen oder Gastronomie und nicht Einzelhändler vorzusehen. Das Haus hinter dem WOHA in der Franziskanergasse sei eine schreckliche Ecke.

Herr Hackner äußert, dass man mit dem WOHA-Gebäude auf einem sehr guten Weg sei. Es sei ein gesamtes Quartier, es seien dort städtebauliche Missstände vorhanden. Hier habe man die Fördermittel vom Ministerium zur Verfügung gestellt bekommen. Man sei dran, es weiterzubringen.

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass das Instrument beim WOHA nicht das Leerstandsmanagement, sondern die Städtebauförderung des Landes sei.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass das Leerstandsmanagement eine wichtige Sache sei. In der Vorlage stehe, dass ein Großteil der Gelder ins Leerstandsmanagement gehe. Die innovative Mobilität sei bisher noch relativ blank. Sie erkundigt sich daher, wie weit man hier sei und wie die Verteilung der Summen aussehe.

Herr Groll antwortet, dass Frau Zaneck die innovative Mobilität federführend mache. Man habe mit einigen Maßnahmen schon begonnen. Unter anderem falle das Thema mit den Parksensoren auch in diesen Bereich.

Herr Herrmann äußert, dass die Verteilung der Gelder bereits vorgestellt worden sei, es gebe nur marginale Änderungen. Man könne den aktuellen Stand gerne mitteilen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4, 13
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Bekanntgaben

zu 4.1 Verkehrssituation Unterer Marktplatz

Protokoll:

Erster Bürgermeister Baron erläutert, dass sich die Verkehrssituation am unteren Marktplatz deutlich verschlechtert habe. Es gebe dort vermehrt Poser und Parker. Diejenigen, die um die Bushaltestellen herumfahren würden, würden den Busverkehr behindern. Die Fußgängerzone beginne ab dem Osiander, auf dem unteren Marktplatz seien daher nur 10 Euro Strafe aktuell möglich. Schwäbisch Gmünd sei keine „Law-and-Order-Stadt“, aber das Verhältnis sei aus der Balance geraten. Man werde daher zwei neue Regelungen umsetzen: Die Fußgängerzone werde man bis zur Fielmann-Filiale ausweisen, außerdem gelte ab dem Foto Schweizer ein Einfahrtsverbot, die Durchfahrt sei nur für den Lieferverkehr und die Anwohner möglich. Zudem könnten Schwerbehinderte mit dem Merkmal G durchfahren. Außerdem werde man

die Fußgängerzone vor dem Freudental auf Höhe des Gyros-Imbisses beginnen lassen. Man habe den HGV bezüglich der Anpassung der Lieferzeiten gefragt, es seien jedoch keine Änderungen gewünscht worden. An den Anlieferungszeiten ändere sich daher nichts. Man werde nun die Anwohner anschreiben, diese würden eine Ausnahme genehmigung erhalten. Die Regelung gelte nach der ersten Augustwoche.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach der Zufahrt durch die Kappelgasse.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass dies gleichbleibe, man dürfe nicht durchfahren. Die Verstoßquote sei jedoch sehr hoch.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass 55 Euro fällig werden würden.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. erkundigt sich, warum man das Einfahrtsverbot nicht ab der Fischergasse beginnen lassen könne. Man solle visuell deutlich machen, dass die Durchfahrt danach nicht möglich sei, da auch viele Auswärtige hineinfahren würden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es im Innenstadtforum den ausdrücklichen Wunsch gegeben habe, Kurzzeitparkplätze zu schaffen und auch nutzen zu können. Der Platz vor dem Foto Schweizer biete genügend Platz, um wenden zu können. Bei Bedarf könne man zeitweise ein Schild anbringen, dies ergebe sich aus der Praxis. Man wolle nicht noch mehr Schilder aufstellen, wenn es nicht zwingend notwendig sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 5 Anfragen

zu 5.1 Remsparkbühne - Bewirtung

Protokoll:

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste äußert, dass sie am Vortrag bei einer Lesung auf der Remsparkbühne gewesen sei. Es sei sehr warm gewesen und es habe nichts zum Trinken gegeben, die VHS habe kurzfristig noch etwas Wasser organisiert. Sie möchte wissen, warum das Rokoko-Schlösschen die Bewirtung nicht übernehme.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Betreiber von s-genuss in eine

Sitzung einladen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt:

zu 5.2 Lhyfe

Protokoll:

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich, wann es mit dem Bauvorhaben der Firma Lhyfe losgehe. Man müsse mehr Werbung für Wasserstoff machen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es Thema im Transformationsrat sein werde. Die Genehmigung des Elektrolyseurs liege aktuell beim Regierungspräsidium.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die öffentliche Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: